

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.  
des „Mittw. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Zeile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

**Nr. 69.**

**Dienstag, den 15. Juni**

**1909.**

### Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

findet **Donnerstag, den 24. Juni 1909, von vormittags 1/2 12 Uhr** an im  
Sitzungszimmer des **Hotels Ratskeller zu Schwarzenberg** statt.

**Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**  
den 10. Juni 1909.

Die heute zur Ausfüllung ausgegebenen

### Hauslisten für die Aufstellung der Landtagswahllisten

sind spätestens am **Mittwoch, den 16. Juni 1909** in der Kanzlei des Stadtrates durch  
erwachsene, zur Auskunftserteilung fähige Personen wieder einzureichen.

**Stadtrat Eibenstock,** den 12. Juni 1909.  
Hesse.

Müller.

### Pflichtfeuerwehr betreffend.

Am **Sonntag, den 20. Juni 1909,** finden Übungen der städtischen Pflicht-  
feuerwehr statt und zwar

**früh 6 Uhr: Spritzenmannschaft im Magazingarten,**  
**vormittags 1/2 12 Uhr: Rettungs- und Absperrmannschaft im Schul-**  
**garten.**

Die **Feuerwehrabzeichen** sind von den Feuerwehrleuten bei Vermeidung ihrer Be-  
strafung anzulegen.

Nicht pünktliches Erscheinen sowie unentschuldigter Verfallnisse werden bestraft. **Ab-**  
**wesenheit vom Orte** gilt nur dann als genügender Entschuldigungsgrund, wenn der  
Nachweis einwandfrei erbracht wird, daß die Entfernung vom Orte **unauflösbar** war.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß im laufenden Feuerwehrdienstjahre die Mann-  
schaften der Geburtsjahrgänge **1874, 1875 und 1883 bis mit 1886** dienstpflichtig sind.

**Stadtrat Eibenstock,** den 14. Juni 1909.

Hesse.

M. II.

### Der Wiederzusammentritt des Reichstags.

Am 21. Sterbetage unseres unvergeßlichen Kaisers  
Friedrich nimmt der deutsche Reichstag seine Arbeiten  
wieder auf. Am 15. Juni 1888 wurden mit dem Früh-  
lingskaiser schöne Hoffnungen und Wünsche des deut-  
schen Volkes in das Grab gesenkt. Möchte mit der am  
heutigen Dienstag erfolgenden Wiederaufnahme der  
parlamentarischen Verhandlungen, in deren Mittelpunkt  
die Reichsfinanzreform steht, nicht auch eine Grab-  
legung verknüpft sein, sondern das Reformwerk end-  
lich zu einem befriedigenden Abschlusse gebracht wer-  
den! Das deutsche Volk hat ein Recht darauf zu ver-  
langen, daß es nach dem monatelangen Warten und  
Harren von der Sorge und Unruhe befreit werde, die  
das Erscheinen neuer Steuern nun einmal mit sich  
bringt. Die letzte Reichstagsitzung vor der Pfingst-  
pause am 18. Mai brachte die Verabschiedung von  
einem guten halben Duzend Vorlagen. Möchte an das  
fröhliche Ende ein fröhlicher Anfang sich reihen, und  
der Schluß des Sessionsabschnittes durch die Annahme  
der Reichsfinanzreform gekrönt werden!

Uebertriebenen Hoffnungen darf man sich freilich  
nicht hingeben, denn noch ist die Brücke nicht geschlagen,  
die über die Kluft zwischen den Forderungen der Regie-  
rung und den Steuervorschlägen der neuen Mehrheit  
der Finanzkommission einen Weg eröffnete. Noch hal-  
ten die verbündeten Regierungen und die Rationallibe-  
ralen sowie die Freisinnigen an der Erbschaftsteuer  
ebenso fest, wie Konservative und Zentrum an der Ab-  
lehnung dieser Steuer. Aber die verbündeten Regie-  
rungen sind den Vorschlägen der Finanzkommission so  
weit entgegengekommen, daß im Volke der Wunsch im-  
mer allgemeiner und stärker geworden ist, diese möge  
nun auch ihren prinzipiellen Widerstand gegen die Aus-  
dehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten  
fallen lassen.

Zum Wiederzusammentritt des Reichstags schreibt  
die „Nordb. Allg. Ztg.“: Der Reichstag ist sich be-  
wußt, daß er über eine Lebensfrage des deutschen  
Reiches zu beraten und zu entscheiden haben wird.  
Ueber die Dringlichkeit des Gebotes, noch in diesem  
Sommer 500 Millionen Mark neuer Einnahmen gefeh-  
lich sicher zu stellen, besteht nirgends im Lande ein Zwei-  
fel. Gelingt es infolge der widerstrebenden wirtschaft-  
lichen und politischen Interessen nicht, im Laufe der  
nächsten Jahre zu einer Einigung zu gelangen, so wird  
der Wiederhall eines solchen Versagens bei den Wählern  
aller bürgerlichen Parteien ein äußerst starker sein.  
Mit größter Erwartung blickt das ganze deutsche Volk  
auf die nunmehr beginnenden Verhandlungen seiner  
Vertreter. Von ihrem Ausgange werden die gesamten  
weiteren Beziehungen der politischen Parteien unter  
einander und dieser wiederum zu den verbündeten Re-  
gierungen abhängig sein. Von ihrem Ausgange wird  
es ferner abhängen, ob das deutsche Reich noch länger  
an dem jetzigen Zustande ungesunder Reichsfinanzen  
franken muß, oder ob es sich auf der Grundlage eines  
geordneten Finanzwesens den großen Aufgaben widmen  
kann, die die Zukunft birgt! — Zu scharfen kritischen  
Bemerkungen gibt dem amtlichen Organ ein Vergleich  
der Regierungsvorlagen mit den Beschlüssen der Fi-  
nanzkommission Anlaß. — Die Regierungsvorlage be-  
absichtigte die strikte Befolgung des Grundsatzes: keine  
Ausgaben ohne Deckung. Dieses nächste Ziel wurde  
durch die Kommissionsbeschlüsse nur zum Teil erreicht.  
Die Finanzkommission hat zwar die Bestimmungen über  
die Schuldenentlastung bewilligt, die Vorschriften über  
die Begrenzung der Matrifikularbeiträge aber gestri-

chen. Die Budgetkommission des Reichstags ist ander-  
seits durch das Herauffehen der Beamten-Gehälter um  
26 Millionen über die Vorschläge der Regierung hinaus  
in sehr empfindlicher Weise von dem Grundsatz: keine  
Ausgaben ohne Deckung abgewichen. — Das zweite  
Ziel der Finanzreform war, das Mißverhältnis zwischen  
Bedarf und Deckung nicht durch eine beliebige Anhäu-  
fung von Steuern, sondern nach dem Grundsatz auszu-  
gleichen, daß nur die entbehrlichen Genußmittel des  
ganzen Volkes und sodann der Besitz nach Maßgabe sei-  
ner Leistungsfähigkeit herangezogen würden. Dadurch  
wäre die Reichsfinanznot beseitigt und das deutsche  
Steuerwesen in einer den Grundsätzen der Ergiebigkeit  
und Gerechtigkeit entsprechenden Weise ausgestaltet  
worden. Die Belastung des Verkehrs wurde wegen der  
starken Ansprüche an die Bevölkerung absichtlich ver-  
mieden, und daher auch die Aufhebung der Fahrkarten-  
steuer und die Wiedereinführung des billigen Orts-  
postos vorgeschlagen. Von diesen Gesichtspunkten we-  
ichen die Beschlüsse der Kommission in wesentlichen Pun-  
kten ab. Die Beseitigung dieser Kommissionsbeschlüsse  
ist eine unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen  
der Reform. Auch dem dritten Verlangen  
der Regierung, der sachgemäßen Abgrenzung zwischen  
den Finanzen von Reich und Einzelstaaten ist von der  
Finanzkommission des Reichstags nicht in erschöpfen-  
der Weise entsprochen worden. Alles in allem, eine  
schlechte Zensur.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser hat Berlin ver-  
lassen und sich nach Danzig begeben, von wo aus er  
die Seereise zur Begegnung mit dem Zaren antreten  
wird. Die Einschiffung erfolgt am Dienstag früh in  
Neufahrwasser bei Danzig.

— Zur Reichsfinanzreform. Zu den Be-  
ratungen der Finanzminister meldet ein Berliner Tele-  
gramm der „Köln. Zeitung“, daß sich im allgemeinen  
eine große Uebereinstimmung in der Auffassung der  
Lage und der zu ergreifenden Maßnahmen herausge-  
stellt habe, man darf daher mit Sicherheit darauf  
rechnen, daß die Maßnahmen im Bundesrat ebenfalls  
angenommen werden. Die Verhandlungen im Reichs-  
tage am kommenden Mittwoch werden voraussichtlich  
mit einer großen Rede Bülow's eingeleitet werden.  
Dasselbe Blatt meint, daß diese Steuern — wie alle  
Steuern — die Betroffenen vielfach drücken, indessen  
muß anerkannt werden, daß die Regierung ihre Zusä-  
ge gehalten und keine Steuern vorgeschlagen hat,  
die Handel, Verkehr und Industrie unerträglichere  
schädigen könnten. Die Wertzuwachssteuer erfordert  
so sorgsame und schwierige Vorarbeit, daß sie für  
die Finanzreform gar nicht in Frage kommt. Ein  
weiteres offizielles Telegramm der „Köln. Ztg.“ be-  
stätigt ferner die Meldung, daß in der Sitzung der Fi-  
nanzminister das Gesetz über die Branntwein-, Bier-,  
Tabak- und Schaumweinsteuer angenommen wurde.  
Abgelehnt wurden also die Kottierungssteuer, Steuer  
auf Kohlenausfuhr und ebenso aus oben erwähnten  
Gründen die Wertzuwachssteuer. — Der „Köln. Ztg.“  
zufolge schlägt die Regierung als Ersatz für den durch  
Aenderung der Erbschaftsteuer eintretenden Ausfall  
die Besteuerung der Feuerversicherungs Policen mit  
einem Drittel pro Wille vor. Der Ertrag hieraus wird  
auf 40 Millionen Mark veranschlagt. Ferner soll eine  
Erhöhung der Wechselstempelabgaben auf Wechsel, die  
länger als drei Monate umlaufen, und eine Schecksteuer  
— der Postcheckverkehr bleibt frei — vorgesehen sein.

Anstelle der Wertzuwachssteuer soll eine Steuer auf  
den Umsatz in Grundstücken mit ein Drittel Prozent  
geplant sein. Wie es heißt, stimmen die verbündeten  
Regierungen der Parfumssteuer zu, deren Ertrag auf  
8 Millionen geschätzt wird.

— Die Finanzen des Reichs und der Bun-  
desstaaten. Amtlicher Nachweisung zufolge betru-  
gen im Jahre 1908 die Staatsausgaben der Bundes-  
staaten insgesamt 5411 Millionen Mark gegen 4968  
Millionen im Jahre 1907. Die Ausgaben des Reiches  
betrugen 2953 Millionen gegen 2759 Millionen. Reich  
und Bundesstaaten zusammen haben also im Jahre  
1908 Ausgaben gehabt von 8369 Millionen gegen 7746  
Millionen Mark im Jahre 1907. In den letzten drei  
Jahren nahmen die Ausgaben um 1500 Millionen zu.  
Die fundierten Staatsschulden betrugen zu Beginn des  
Rechnungsjahres 1908 für die Bundesstaaten 12 930  
Millionen Mark, gegen 12 887 Millionen im Jahre zu-  
vor, für das Reich 3644 Millionen, das sind ebensowiel  
wie im Jahre 1907. Die schwebenden Schulden be-  
trugen insgesamt 774 Millionen, gegen 233 Millionen  
im Vorjahr, wovon auf das Reich 360 gegen 160 Mil-  
lionen Mark entfallen; die Steigerung der schwebenden  
Schuld im Reich um 200 Millionen, und in Preußen,  
das derartige Schulden früher garnicht hatte, um 345  
Millionen, ist für die Finanzlage kennzeichnend.

— Die im Zirkus Schumann zu Berlin  
am Sonnabend voriger Woche abgehaltene Protes-  
tversammlung der Vertreter des gewerblichen Le-  
bens gegen die von der Finanzkommission des Reichs-  
tags beantragten neuen Steuern ist programmäßig  
verlaufen. Der gewaltige Zirkusbau war bis auf den  
letzten Platz gefüllt und vermochte viele Hunderte nicht  
aufzunehmen, die sich gern an der Kundgebung beteiligt  
hätten. Nach den angekündigten Ansprachen der etwa  
zwei Duzend Redner wurde von der Versammlung ein-  
stimmig eine Resolution angenommen, in der der  
Reichstag gebeten wird, die Steuervorschläge der Fi-  
nanzkommission, die den Interessen von Verkehr, Han-  
del und Industrie zuwiderlaufen und das wirtschaft-  
liche Leben Deutschlands im Kleinen wie im Großen  
auf das schwerste schädigen würden, abzulehnen und die  
Regierungsvorlagen anzunehmen.

— Ein dem Reichstage zugegangener Nachtrags-  
etat zum Militäretat weist 13 Millionen M. für den  
Verlauf des sogen. Aufmarsch-Geländes am Tempelhofer  
Feld in Berlin auf. Die genannte Summe soll zur Be-  
schaffung von neuen Truppenübungsplätzen mit Baracken-  
lagern für das Garde-Korps und die Eisenbahn-Brigade  
sowie für das 2., 3., 16. und 18. Armeekorps Verwendung  
finden.

— Das Ende der Eulenburg-Affäre ist  
jetzt abzusehen. Die Beschlußkammer hat einem Antrag  
des Oberstaatsanwalts um Erhöhung der vom Fürsten  
zu stellenden Kaution stattgegeben. Wahrscheinlich ist,  
daß die Verhandlung gegen den Fürsten in einer in  
kurzer Zeit anzuberaumenden Extrastrafgerichtssitzung  
zu Ende geführt werden wird. Der Gesundheits-  
zustand des Fürsten ist so vortrefflich, daß eine Ver-  
handlung möglich ist.

— Die Unduldsamkeit in der Sozialde-  
mokratie wird mitunter auch einzelnen „Genossen“  
zu stark. Das sozialdemokratische „Halle'sche Volksblatt“  
hatte sich kürzlich in folgenden Ausführungen gegen  
den Dessauer „Genossen“ Pöus gewandt: „Der Par-  
teigenosse Pöus mißbraucht täglich ein Stück Raum  
des „Volksblattes“ für sein geliebtes blödes Esperanto,  
ein ungläubliches künstliches Rauderwisch, das naive  
Seelen eine — „Sprache“ nennen. Bezeichnenderweise  
erzieht das „Volksblatt für Anhalt“ die Parteigenos-